

URGENT ACTION

UMWELTSCHÜTZER_INNEN DROHT TODESURTEIL

IRAN

UA-Nr: UA-033/2019 AI-Index: MDE 13/9978/2019 Datum: 11. März 2019 – sd

Frau NILOUFAR BAYANI
Herr HOUMAN JOWKAR
Herr MORAD TAHBAZ
Herr TAHER GHADIRIAN

Herr AMIRHOSSEIN KHALEghi
Frau SEPIDEH KASHANI
Herr ABDOLREZA KOUHPAYEH
Herr SAM RAJABI

Nach einem grob unfairen Gerichtsverfahren drohen acht iranischen Umweltschützer_innen nun die Todesstrafe oder lange Haftstrafen. Ihnen wird ohne Vorlage von Beweisen vorgeworfen, unter dem Deckmantel von Umweltprojekten Informationen über militärische Anlagen gesammelt zu haben. Die Angeklagten – die sich für die bedrohte Tierwelt im Iran einsetzen – geben an, dass sie gefoltert und anderweitig misshandelt wurden.

Die acht Umweltschützer_innen werden seit ihrer Festnahme Ende Januar 2018 im Evin-Gefängnis in Teheran festgehalten. Nach einem äußerst unfairen Prozess erwarten sie jetzt ihre Gerichtsurteile. Niloufar Bayani, Houman Jowkar, Morad Tahbaz und Taher Ghadirian wurden der „Verdorbenheit auf Erden“ (*efsad f'il arz*) angeklagt. Damit droht ihnen die Todesstrafe. Amirhossein Khaleghi, Sepideh Kashani und Abdolreza Kouhpayeh werden der Spionage beschuldigt, bei einer Verurteilung droht ihnen eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren. Zu den Vorwürfen gegen Sam Rajabi gehört „Zusammenarbeit mit feindlichen Regierungen gegen die Islamische Republik“, eine Anklage, auf die eine Haftstrafe von bis zu elf Jahren steht. Den Umweltschützer_innen wird ohne Vorlage von Beweisen vorgeworfen, unter dem Deckmantel von Umwelt- und Forschungsprojekten Informationen über militärische Anlagen gesammelt zu haben. Die Grundlage für diesen Vorwurf gegen die Wissenschaftler_innen, die mit der Tierschutzorganisation *Persian Wildlife Heritage Foundation* zusammenarbeiten, bilden ihre Forschungsaktivitäten im Zusammenhang mit gefährdeten Tierarten im Iran, darunter der asiatische Geparde und der persische Leopard.

Nach ihrer Festnahme wurden die Wissenschaftler_innen in der Abteilung 2-A des Teheraner Evin-Gefängnisses in Einzelhaft gehalten. Sie hatten keinen Zugang zu ihren Rechtsbeiständen und die Besuche von Angehörigen waren stark eingeschränkt. Laut zuverlässigen Quellen zeigten einige der Inhaftierten bei einem dieser Besuche Folterspuren, sie hatten abgebrochene Zähne und dunkle Hämatome am Körper. Der unfaire Prozess vor der 15. Kammer des Revolutionsgerichts in Teheran stützt sich fast ausschließlich auf „Geständnisse“, die unter Folter erzwungen und später widerrufen wurden. Niloufar Bayani sagte vor Gericht aus, dass sie ihr „Geständnis“ erst abgegeben habe, nachdem sie durch körperliche und psychische Folter „gebrochen“ worden war und dass sie dieses „Geständnis“ später wieder zurückgezogen habe. Sie berichtete, dass die Beamten_innen während der Verhöre damit gedroht hätten, sie zu schlagen, ihr halluzinogene Drogen zu spritzen, ihr die Fingernägel herauszureißen und ihre Eltern festzunehmen. Außerdem hätte man ihr ein Papier vorgelegt und behauptet, dass dieses ihr Todesurteil sei. Nachdem Niloufar Bayani bei einer Gerichtsverhandlung wiederholt dagegen Einspruch erhoben hatte, dass ihr erzwungenes „Geständnis“ gegen sie selbst oder ihre Kolleg_innen verwendet würde, wurde sie vom Vorsitzenden Richter des Saales verwiesen, da sie die Verhandlung störe. Den Gerichtssaal durfte sie auch an den folgenden letzten drei Verhandlungstagen nicht mehr betreten. Allen acht Umweltschützer_innen wurde während der gesamten Haftzeit und der Verhandlung der Zugang zu Rechtsbeiständen ihrer Wahl verweigert.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 24. und 25. Januar 2018 drangen Angehörige der Revolutionsgarden in das Büro der Tierschutzorganisation *Persian Wildlife Heritage Foundation* in Teheran ein, durchsuchten es mehrere Stunden lang und verhörten

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY
INTERNATIONAL



Mitarbeiter_innen. Anschließend brachten sie mehrere Mitarbeiter_innen nach Hause – unter ihnen auch Niloufar Bayani und Sam Rajabi – durchsuchten auch dort die Räumlichkeiten und beschlagnahmten persönliche Gegenstände. Weitere Mitarbeiter_innen wurden zuhause festgenommen. Dann überstellten sie acht der Umweltschützer_innen in die von den Revolutionsgarden kontrollierte Abteilung 2-A des Teheraner Evin-Gefängnisses, wo sie monatelang ohne Zugang zu ihren Rechtsbeiständen festgehalten wurden. Der seltene Kontakt zu Familienangehörigen beschränkte sich auf wenige Telefonate. Spätere kurze Besuche von Angehörigen fanden unter Aufsicht von Vertreter_innen der Staatsanwaltschaft im Evin-Gefängnis statt. Allen Wissenschaftler_innen wurde der Zugang zu einem Rechtsbeistand ihrer Wahl verweigert; unter anderem führte der zuständige Richter als Begründung an, dass einer der gewünschten Rechtsbeistände „auf Twitter aktiv ist, Tweets zum Thema Menschenrechte und zu seinen Fällen verbreitet und mit den Medien spricht“. Sogar im Gerichtssaal durften die Angeklagten nicht mit den von ihnen gewünschten Rechtsbeiständen sprechen. Sam Rajabis Anträge, sich vor Gericht von einem selbst gewählten Rechtsbeistand vertreten zu lassen, wurden wiederholt abgelehnt, sodass er schließlich keine rechtliche Vertretung vor Gericht hatte.

Die acht Umweltschützer_innen gehören zu einer Gruppe von neun Wissenschaftler_innen, die im Januar 2018 von den Revolutionsgarden festgenommen wurden. Der neunte aus dieser Gruppe war der prominente iranisch-kanadische Professor Kavous Seyed-Emami, der zwei Wochen nach seiner Festnahme unter ungeklärten Umständen im Evin-Gefängnis in Teheran starb. Während die iranischen Behörden behaupten, der Wissenschaftler habe sich im Gefängnis das Leben genommen, bestreiten seine Angehörigen diese Version. Die Behörden ließen keine unabhängige Autopsie zu und zwangen die Familie, den Verstorbenen in aller Eile zu beerdigen. Eine unabhängige und unparteiische Untersuchung seines Todes wurde nicht durchgeführt, außerdem darf die Ehefrau von Kavous Seyed-Emami das Land nicht verlassen. Vor Gericht gab die Mitangeklagte Niloufar Bayani an, dass ihr bei einem Verhör Fotos des Leichnams von Kavous Seyed-Emami gezeigt wurden und ihr angedeutet worden sei, dass ihr ein ähnliches Schicksal drohen könnte.

Im Iran wurden 2018 insgesamt mindestens 63 Naturschützer_innen und Umweltwissenschaftler_innen und Umweltaktivist_innen festgenommen.

SCHREIBEN SIE BITTE

LUFTPOSTBRIEFE, TWITTERNACHRICHTEN, E-MAILS UND FAXE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, alle acht inhaftierten Umweltschützer_innen unverzüglich und bedingungslos freizulassen, da sie gewaltlose politische Gefangene sind, die allein wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit festgenommen wurden. Auch ihre Arbeit zur Erhaltung bedrohter Tierarten im Iran ist durch diese Rechte geschützt.
- Bitte stellen Sie sicher, dass die Inhaftierten bis zu ihrer Freilassung vor Folter und anderer Misshandlung geschützt sind und dass sie regelmäßigen Zugang zu ihren Angehörigen und Rechtsbeiständen ihrer Wahl erhalten.

APPELLE AN

OBERSTE JUSTIZAUTORITÄT

Ebrahim Raisi
c/o Permanent Mission of Iran to the UN in Geneva
Chemin du Petit-Saconnex 28
1209 Geneva, SCHWEIZ
(Anrede: Dear Mr Raisi / Sehr geehrter Herr Raisi)
Twitter handle: @UN_Iran

BOTSCHAFT DER ISLAMISCHEN REPUBLIK IRAN

Herrn Ali Akbar Dabiran
Geschäftsträger a.i.
Podbielskiallee 67
14195 Berlin
Fax: 030 83 222 91 33
E-Mail: info@iranbotschaft.de

KOPIEN AN

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Persisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **22. April 2019** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to release all eight conservationists immediately and unconditionally, as they are prisoners of conscience, detained solely for peacefully exercising their rights to freedoms of expression, association and assembly, including through their work protecting Iran's endangered wildlife.
- Please ensure that, pending their release, they are protected from torture and other ill-treatment and are given regular access to their families and lawyers of their own choosing.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN - FORTSETZUNG

Die acht Umweltschützer_innen hatten das Verhalten des asiatischen Gepards mit Kameras dokumentiert. Während der Einsatz von Kameras bei der Überwachung von seltenen und bedrohten Tierarten als Standardwerkzeug gilt, beschuldigen die iranischen Behörden die acht Umweltschützer_innen, sie hätten unter dem Deckmantel von Umweltprojekten Informationen über militärische Anlagen gesammelt. Im Mai 2018 untersuchte ein Regierungsausschuss, bestehend aus den Geheimdienst-, Innen- und Justizministern sowie dem juristischen Stellvertreter des Präsidenten, die Inhaftierung der Umweltschützer_innen. Die Beteiligten kamen zu dem Schluss, dass es keine hinreichenden Beweise für einen Spionagevorwurf gebe. Mehrere hochrangige Vertreter_innen der iranischen Regierung, auch aus dem Umweltministerium, haben die Freilassung der Wissenschaftler_innen gefordert und sich dabei auf den Mangel an Beweisen berufen.

Die *Persian Wildlife Heritage Foundation* ist eine gemeinnützige NGO, die von der iranischen Umweltbehörde zugelassen ist. Die von ihr durchgeführten Forschungsprojekte sind staatlich genehmigt. Mehrere der festgenommenen Umweltschützer_innen sind Mitglieder einer oder mehrerer der folgenden Gruppen: *International Union for Conservation of Nature*, *Species Survival Commission*, *Cat Specialist Group* und *Bear Specialist Group*.

